

Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz



Einleitung

Diese Konsultation wird lanciert, um die Meinungen und Vorschläge verschiedener Interessenträger und der Öffentlichkeit zur Überarbeitung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz (EE-Richtlinie) einzuholen, die für die zweite Jahreshälfte 2016 geplant ist.

Diese Überprüfung ist insofern von Bedeutung, als die Kommission die Mitgliedstaaten in ihrer Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion vom 25. Februar 2015¹ aufgefördert hat, die Energieeffizienz ebenfalls als Energiequelle zu betrachten.

Der Europäische Rat hat sich im Oktober 2014 einvernehmlich zum Ziel gesetzt, die Energieeffizienz in der EU bis 2030 gegenüber den Prognosen um mindestens 27 % zu steigern, und die Kommission ersucht, das Ziel bis 2020 zu überprüfen und „auf EU-Ebene 30 % anzustreben“. Der derzeitige politische Rahmen sollte daher aktualisiert werden, damit dem neuen Energieeffizienzziel der EU für 2030 zu Rechnung getragen wird und mit dem allgemeinen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 in Einklang gebracht werden kann.

In der EU werden bereits seit geraumer Zeit Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz durchgeführt, und es wurden konkrete Ergebnisse erzielt. Die Energieeffizienz-Richtlinie, die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden², die Richtlinie über die Energieverbrauchskennzeichnung³ und die Ökodesign-Richtlinie⁴ sind die Hauptgrundlagen der derzeitigen Rahmenregelung für Energieeffizienz. Viele Klimaschutzmaßnahmen, wie etwa die CO₂-Emissionsnormen für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge, tragen ebenfalls in erheblichem Maße zur Verbesserung der Energieeffizienz bei. Dank dieser Instrumente konnten die Mitgliedstaaten in den vergangenen (fünf) Jahren beträchtliche Energieeinsparungen realisieren und auf diese Weise zu den allgemeinen energie- und klimapolitischen Zielen für 2020 beitragen.

¹ COM(2015) 80 final.

² Richtlinie 2010/31/EU.

³ Richtlinie 2010/30/EU.

⁴ Richtlinie 2009/125/EG.

Öffentliche Gelder, die zur Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz auf nationaler und regionaler Ebene bereitgestellt wurden, haben dabei eine wichtige Rolle gespielt. Angesichts des hohen Stellenwerts, den diese Maßnahmen im Gesamtplan der EU für die Reduzierung der CO₂-Emissionen einnehmen, wurden die Finanzmittel in den vergangenen Jahren aufgestockt. Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSl) sind für die Erschließung des zur Steigerung der Energieeffizienz erforderlichen Privatkapitals unerlässlich. Andererseits hängen Wirksamkeit und Wirkung von Investitionen in die Energieeffizienz (unter anderem) stark von der Umsetzung der Energieeffizienzvorschriften und insbesondere der EE-Richtlinie ab.

Viele Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten derzeit durchführen, werden *de facto* auch nach 2020 zur Realisierung der Energieeffizienzziele und des allgemeinen energie- und klimapolitischen Rahmens beitragen. Seit der Annahme des Aktionsplans für Energieeffizienz⁵ im Jahr 2011 hat sich die Lage merklich gebessert: Der Primärenergieverbrauch ist bei gleichzeitigem stetigem Wirtschaftswachstum in der gesamten EU weiterhin zurückgegangen, und viele Mitgliedstaaten konnten ihre nationalen Programme zur Steigerung der Energieeffizienz⁶ konkret verbessern.

In Einklang mit Artikel 3 Absatz 2 der EE-Richtlinie hat die Kommission im Jahr 2014 die Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung des Energieeffizienzziels der EU von 20 % bis 2020 bewertet; die diesbezüglichen Ergebnisse waren Gegenstand der Mitteilung zur Energieeffizienz vom 23. Juli 2014⁷. Der neueste Stand dieser Bewertung wird im Rahmen des Pakets zum Stand der Energieunion im November 2015 veröffentlicht.

Da das Datum der Umsetzung der EE-Richtlinie nur kurz zurückliegt, konzentriert sich diese Konsultation auf die folgenden Richtlinienelemente:

- **Artikel 1 (Gegenstand und Geltungsbereich) und Artikel 3 (Energieeffizienzziele):** Wie vom Europäischen Rat gefordert, der sich im Oktober 2014 darauf geeinigt hat, die Energieeffizienz in der EU bis 2030 gegenüber den Prognosen um mindestens 27 % zu steigern, und die Kommission ersucht hat, das Ziel bis 2020 zu überprüfen und „auf EU-Ebene [Verbesserungen der Energieeffizienz von] 30 % anzustreben“.
- **Artikel 6 (Beschaffung von Produkten, Dienstleistungen und Gebäuden mit hoher Energieeffizienz durch öffentliche Einrichtungen):** Gemäß Artikel 24 Absatz 8, der eine Überprüfung der Wirkung der Anwendung von Artikel 6 und eine entsprechende Berichterstattung vorsieht.
- **Artikel 7 (Energieeffizienzverpflichtungssysteme):** Gemäß Artikel 24 Absatz 9, der eine Berichterstattung über die Anwendung des Artikel 7 und, sofern angemessen, eine Änderung des am 31. Dezember 2020 ablaufenden Endtermins für die Verpflichtungssysteme vorsieht.

⁵ KOM(2011) 109 final.

⁶ SWD(2014) 0255 final.

⁷ COM(2014) 520 final.

- **Artikel 9 bis 11 (Verbrauchserfassung, Abrechnungsinformationen, Kosten für den Zugang zu Verbrauchserfassungs- und Abrechnungsinformationen):** Die hier angesprochenen Verbraucherfragen sind auch Gegenstand der parallel laufenden Initiative „Strommarktgestaltung/Verbesserte Möglichkeiten für die Energieverbraucher“.
- **Artikel 20 (Nationaler Energieeffizienzfonds, Finanzierung und technische Unterstützung):** Im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (Juncker-Plan) wird hervorgehoben, wie wichtig es ist, die Investitionslücken im Bereich der Energieeffizienz zu schließen.
- **Artikel 24 (Berichterstattung sowie Überwachung und Überprüfung der Durchführung):** Angesichts des neuen Steuerungssystems, das im Zuge der Energieunion mit Blick auf den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 eingeführt werden soll, der parallel zu dieser Konsultation derzeit erarbeitet wird.

Die Fragen zu den genannten Artikeln sind so formuliert, dass die Anforderungen des kürzlich verabschiedeten Pakets zur besseren Rechtsetzung⁸ erfüllt sind und sichergestellt ist, dass die Konsultationsergebnisse in zwei parallel laufenden Prozesse berücksichtigt werden: zum einen bei der Prüfung, ob die einschlägigen Maßnahmen effizient, wirksam und mit dem allgemeinen Rechtsrahmen der EU vereinbar sind, und zum anderen bei der Herausarbeitung der am besten geeigneten politischen Optionen für die Überprüfung spezifischer Aspekte der EE-Richtlinie im Rahmen der Folgenabschätzung.

In diesem Sinne enthält Teil I der Konsultation allgemeine Fragen an die Öffentlichkeit, während sich die technischen Fragen in Teil II an ein fachkundigeres Publikum richten. Die Konsultationsteilnehmer werden gebeten, in beiden Teilen alle Fragen zu beantworten, die ihnen relevant erscheinen.

⁸ Maßnahmenpaket Bessere Rechtsetzung (2015).

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt

Angaben zum
Konsultationsteilnehmer

TEIL I - ALLGEMEINE FRAGEN

1. Artikel 1 und 3
2. Artikel 6
3. Artikel 7
4. Artikel 9 bis 11
5. Artikel 20
6. Artikel 24

TEIL II - TECHNISCHE FRAGEN

7. Artikel 6
8. Artikel 7